

Frage 1.1:

Das Kind/die Kinder sollten zu beiden Eltern einen Zugang haben. Kein Elternteil sollte das Kind/die Kinder gegen den anderen Partner negativ beeinflussen. Das kann aber eine Kommune nicht erzwingen.

Frage 1.2:

Psychozialer Dienst.

Frage 1.3:

Wie Frage 1.2

Frage 1.4:

Prüfen lassen, welche Unterstützung das Jugendamt schon leistet und leisten könnte.

Frage 1.5:

Psychozialer Dienst

Frage 1.6:

Die Sozialverwaltung hat alle finanziellen Möglichkeiten Grundsicherung zu garantieren und finanziert ausfallende Leistungen mancher Männer im Voraus mit dem Ergebnis von weiteren Schulden im Haushalt der Stadt. Die Verwaltung macht zu wenig Druck auf die Ehemänner zu Lasten der allein erziehenden Mütter, die mit dem Mann und dem Sozialamt sich herumschlagen müssen. Der Sozialhaushalt beträgt 40 % des gesamten Haushaltes der Stadt Essen. Die Stadt hat einige Millionen Euro an Außenständen aus Forderungen an nicht zahlende unterhaltspflichtige Ehemänner/Frauen.

Frage 2.1:

Die Sensibilisierung ist im Gang im Jugendamt. Das Land verstärkt seine Bemühungen erheblich. Die Bürger sind aufgerufen, mutmaßlich verdächtige Lagen auch zu melden ohne zu denunzieren, im Kindergarten, in der Schule oder im Wohnumfeld oder auf Spielplätzen etc. Auch sollten Eltern ihre FB-Aktivitäten im privaten Bereich überprüfen auf Fotos ihrer Kinder, die nicht selten in falsche Hände geraten.

Frage 2.2:

Prüfung wird versprochen.

Frage 2.3:

Das kann nur ehrenamtlich geschehen im Sinne eines Schiedsmannes/Frau

Frage 2.4:

Psychozialer Dienst

Frage 3.1:

Ja

Frage 4.1:

Das sollte auf Bezirksebene (BV) diskutiert werden vor Ort. Die Kommune kann nicht alles, was im privaten Umfeld initiiert wurde und deren daraus entstehende Probleme für alle Seiten zufriedenstellend lösen, das ist auch eine Frage

der nicht geringen Kosten. Es gibt in einigen Stadtteilen Essens Bürgerhäuser, die eine solche von Ihnen angeregte Struktur, wenn möglich und finanzierbar übernehmen könnten, als Anregung.

P.S. Sie haben nicht auf die Initiative der Bundesinitiative Großeltern hingewiesen, die im Trennungsfall der Kinder auch nicht selten von ihren Enkelkindern getrennt werden, was ihnen große seelische Qualen bereitet. Sie wurde von Frau Boegershausen in Werden geleitet, sie ist aber nicht mehr im Amt.

<https://www.grosselterninitiative.de/>